

Gregor Schöllgen (Hrsg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991, 264 S., kart., 29,80 DM.

Seitdem Fritz Fischer vor nunmehr 30 Jahren mit seinen Arbeiten zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs und den von der Reichsleitung zwischen 1914 und 1918 verfolgten Kriegszielen die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik herausgefordert hat, haben sich Historiker im In- und Ausland mit großer Intensität der Erforschung dieser Epoche gewidmet. Während Fischers Thesen im Ausland überwiegend positiv aufgenommen wurden, lösten sie in der Bundesrepublik zunächst eine heftige, von nationalkonservativen Untertönen nicht freie Kontroverse aus. Aufgrund der von Fischer-Schülern wie auch von seinen Gegnern unternommenen Forschungen verlor diese Debatte jedoch allmählich an Schärfe, da sich viele bis dahin als gesichert angesehene Thesen über die Motive und Ziele der deutschen Politik nicht mehr aufrechterhalten ließen. So besteht heute trotz unterschiedlicher Auffassungen darüber, ob die Reichsleitung im Juli 1914 aus einer defensiv oder offensiv motivierten Haltung heraus die »Julikrise« zur Realisierung machtpolitischer Ziele instrumentalisieren wollte, weitgehend Einigkeit darüber, daß das Deutsche Reich stärker als die anderen Großmächte für die »Urkatastrophe« (George F. Kennan) des 20. Jahrhunderts verantwortlich war.

In Anbetracht der kaum noch zu überblickenden Fülle von Handbuchartikeln, Monographien und Literaturberichten zu dieser für die deutsche und europäische Geschichte bedeutsamen Epoche ist es daher nur zu begrüßen, daß Gregor Schöllgen mit Fritz Fischer, Willibald Gutsche, Michael Stürmer, Klaus Hildebrand, Reiner Pommerin, Imanuel Geiss, Gustav Schmidt und Andreas Hillgruber namhafte Historiker dafür gewinnen konnte, den Stand der Forschung in einem auf einer Vortragsreihe beruhenden Sammelband zu bilanzieren.

Schöllgen, der selbst ein ausgezeichnete Kenner der Materie ist, zeichnet in seiner Einleitung noch einmal den Gang der »Fischer-Kontroverse« nach. Hierbei und in seinem eigenen Beitrag macht er freilich keinen Hehl aus seinen Ressentiments gegenüber jener Schule deutscher Historiker, die sich, angestoßen durch Fischers Thesen, in den 1960er Jahren von der traditionellen »Politikgeschichte« zugunsten der »Struktur-« bzw. »Gesellschaftsgeschichte« abgewandt hatte. Schöllgen konzidiert zwar, daß diese Schule, für die nicht das »Motiv des Prestiges« bzw. das Streben nach »Gleichberechtigung« (S. 173), sondern die innenpolitischen Verwerfungen die wesentliche Ursache für die deutsche Politik vor und während der »Julikrise« waren, »neue und wichtige Anstöße gegeben hat«. Als »theoretisches Modell bzw. methodisches Konzept« zur Erklärung von Bismarcks Imperialismus bzw. der wilhelminischen Weltpolitik sei diese Form der Geschichtsschreibung jedoch aufgrund der »Banalität« der Argumentation, der »Relativität« der Perspektive und der »Gebundenheit und Historizität« des Ansatzes gescheitert. (S. 5) Entgegen dem Anspruch, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einschließlich der auswärtigen Beziehungen erfassen zu können, habe darüber hinaus bisher kein Vertreter der Gesellschaftsgeschichte eine international anerkannte Arbeit zur deutschen Außenpolitik vorlegen können.

Nun wird man nicht bestreiten können, daß im Zuge der Rezeption sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden durch die Geschichtswissenschaft manche Thesen etwas überpointiert vorgetragen worden sind; ob aber die politische Geschichtsschreibung, die häufig in traditioneller Weise primär die internationalen Beziehungen beschreibt und dabei die innenpolitischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen doch eher am Rande behandelt, der Gesellschaftsgeschichte grundsätzlich überlegen ist, wird die keineswegs abgeschlossene Diskussion erst noch zeigen müssen. Deshalb wie auch wegen ihrer Leistungen für die Erforschung des Kaiserreichs ist es bedauerlich, daß aus Gründen, die

vom Herausgeber nicht näher erläutert werden, kein Vertreter der Gesellschaftsgeschichte zu Wort kommt.

Um die deutsche Weltpolitik vor 1914 zu erklären, greifen die Autoren zum Teil bis in die Zeit der napoleonischen Kriege zurück, hatte dort doch, worauf Michael Stürmer in seinem Beitrag hinweist, der Wunsch nach der Gründung eines starken Nationalstaates seinen Ursprung. Dieser Nationalstaat sei freilich – so Stürmers These – mit dem dreifachen Dilemma behaftet gewesen, mit der Geschichte, der Geographie und der Dynamik von Massendemokratie und modernem Staat nicht vereinbar zu sein. (S. 106) Allein Bismarcks »System der Aushilfen« – ein Begriff, den Klaus Hildebrand keineswegs pejorativ verstanden wissen will – sei es zu verdanken, daß die Existenz des Reiches in einem auf Expansion angelegten Staatensystem gesichert werden konnte. Der Preis hierfür sei nicht nur der bewußte Verzicht auf »Krieg« und »Expansion« als Optionen deutscher Außenpolitik gewesen, sondern auch das Eindämmen der auf Emanzipation und mehr politische Partizipation drängenden Kräfte im Innern. Dieses – wie Imanuel Geiss durchaus zu Recht bemerkt – bereits in der 1848er Revolution erkennbare Drängen bürgerlicher Kräfte nach äußerer Expansion wird man objektiv nicht bestreiten können. Insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Großbritannien und Frankreich im 19. Jahrhundert stellt sich jedoch die Frage, ob innere Freiheit und äußerer Frieden wirklich so unverträglich waren, wie dies u. a. von Hildebrand immer wieder behauptet worden ist, und ob eine rechtzeitige Parlamentarisierung nicht auch das deutsche Bürgertum zu mehr Verantwortung und Vorsicht in außenpolitischen Fragen hätte »erziehen« können.

Immanuel Geiss, Gregor Schöllgen und Reiner Pommerin beschäftigen sich – wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive – mit der deutschen Weltpolitik. Das Gemeinsame ihrer Interpretationen ist die Überzeugung, daß es hierzu letztlich keine Alternative gegeben habe. »Die Spielregeln des Mächtekonzerths des 19. Jahrhunderts«, so Reiner Pommerin, hätten es dem Deutschen Reich gar nicht gestattet, »gleichsam in weiser Selbstbeschränkung im Spiel der internationalen Beziehungen nur den Balljungen zu spielen.« (S. 146) Auch wenn die von dem internationalen System ausgehende Dynamik nicht zu übersehen ist, verharmlost diese Deutung von einer geradezu zwangsläufigen Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts doch wohl die besondere Aggressivität des Deutschen Reiches, war dies doch die einzige Großmacht, die das bestehende System sprengen wollte.

Aus der Sicht der Historiker der ehemaligen DDR war die Frage, ob der Außenpolitik vor 1914 eher ein sozialimperialistisches Kalkül zugrunde lag bzw. ob sie mehr den traditionellen Regeln der internationalen Politik gehorchte, von vornherein sekundär. Wie Wilibald Gutsche in seinem Überblick über die DDR-Geschichtsschreibung darlegt, deutete diese die »Julikrise« als »eine im Expansionsdrang der Monopole wurzelnde abenteuerliche Offensive des unkalkulierbaren Risikos zur ökonomischen und politischen Machterweiterung, die die Anwendung kriegerischer Gewalt und auch einen Weltkrieg bewußt in Rechnung setzte«. (S. 86) Überzeugen kann diese, an Lenins Imperialismusanalyse sich anlehende Interpretation jedoch nicht.

Fritz Fischer und Gustav Schmidt widmen sich in ihren Beiträgen schließlich der »Julikrise«. Während Fischer noch einmal den »entscheidenden Anteil« der deutschen Regierung herausarbeitet, versucht Schmidt, aus dem Blickwinkel des internationalen Mächtesystems zu zeigen, warum der im Juli 1914 ausgebrochene Konflikt den Ersten Weltkrieg auslöste und nicht – wie andere Krisen zuvor – friedlich beigelegt werden konnte. Die langfristigen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs für die Entwicklung des Mächtesystems und die Herausbildung neuer »Ideologien« analysiert schließlich Andreas Hillgruber in seinem Beitrag.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Sammelband, der hier nur in groben Zügen vorgestellt werden konnte, um einen für Studenten und historisch interessierte Leser informativen Überblick über die Forschung zur Außenpolitik des Kaiserlichen Deutschland. Aus

dieser Perspektive ist das Fehlen eines Vertreters der »Gesellschaftsgeschichte« auch kaum mehr als ein bedauerlicher Schönheitsfehler. *Michael Epkenhans, Heidelberg*

John C. G. Röhl (Hrsg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, Oldenbourg Verlag, München 1991, 366 S., Ln., 98 DM.

Obwohl sich die Geschichtswissenschaft – angestoßen durch Fritz Fischer – in den letzten drei Jahrzehnten intensiv mit der Geschichte des »wilhelminischen« Deutschland beschäftigt hat, ist der Kaiser, der dieser Epoche seinen Namen gab, trotz seiner immer wieder zitierten Reden, Randbemerkungen und zum Teil peinlichen öffentlichen Auftritte bis heute von der Forschung eher am Rande zur Kenntnis genommen worden. Diese Vernachlässigung Wilhelms II. spiegelt sich auch darin wider, daß es über ihn im Gegensatz zu Bismarck, der dominierenden Gestalt der Zeit der Reichsgründung, und Hitler, der den deutschen Nationalstaat nach 1933 endgültig in die Katastrophe führte, keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie gibt.

John Röhl, der seit vielen Jahren an einer Biographie arbeitet und der aufgrund einschlägiger Publikationen als ein intimer Kenner der »wilhelminischen Ära« ausgewiesen ist, hat im Rahmen einer Tagung des Historischen Kollegs den Versuch unternommen, den Stand der Forschung über Wilhelm II. zu bilanzieren bzw. neue Fragestellungen in die Diskussion einzubringen.

In vier Abschnitten, die sich schwerpunktmäßig mit dem »persönlichen Regiment«, der Funktion und Auswirkung des Kaisergedankens in der Gesellschaft, der Weltpolitik und der Haltung des Kaisers gegenüber der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Judenverfolgung befassen, versuchen Isabel Hull, Wilhelm Deist, Katharine Lerman, Terence Cole, Karl Möckl, Fritz Fellner, Christian Simon, Hartmut Pogge von Strandmann, Marina Cattaruzza, Bernd Söseman, Volker Berghahn, Peter Winzen, Ragnhild Fiebig-von Hase, Fritz Fischer, Willibald Gutsche und Hartmut Zelinsky weitere Mosaiksteine für eine Biographie zu liefern.

Insgesamt zeichnen diese Beiträge ein facettenreiches Bild von der Person Wilhelms II. Sie zeigen die Diskrepanz zwischen der Konzeption des »persönlichen Regiments« und ihrer Realität, die, wie Deist am Beispiel der Funktion des Kaisers als »oberster Kriegsherr« deutlich macht, durch die Unfähigkeit gekennzeichnet war, den postulierten Herrschaftsanspruch trotz der in diesem Bereich sehr weitgehenden Rechte des Monarchen in die Tat umzusetzen. In der Armee hat dieses Versagen aufgrund der auf den Kaiser ausgerichteten Militärorganisation und des »Kaisermythos« die Loyalität des Offizierskorps gegenüber Wilhelm II. bis zuletzt nicht beeinträchtigt; in der Öffentlichkeit jedoch war, wie Söseman im Rahmen seiner Analyse der »Deutschen Gesellschaft 1914« darlegt, der »Verfall des Kaisergedankens« unaufhaltsam. Am Beispiel des Reichskanzlers Bülow beleuchtet Lerman die »byzantinischen« Verhältnisse am Berliner Hof, die in einem eigentümlichen Kontrast zu der von Simon und Pogge von Strandmann beschriebenen Aufgeschlossenheit Wilhelms II. gegenüber Wissenschaft und Technik standen. Während die Beiträge von Winzen, Fischer, Berghahn und Fiebig-von Hase noch einmal die vielleicht am besten erforschte Rolle des Kaisers in der »Weltpolitik« resümieren, befassen sich Gutsche und Zelinsky mit den bisher nur wenig bekannten Restaurationsbestrebungen des Kaisers, seiner Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und seinem erschreckenden Antisemitismus.

Auch wenn diese Beiträge letztlich kein einheitliches Bild von Wilhelm II. zeichnen, wird die Forschung ihn, und darin wird man vor allem Röhl und Hull ohne weiteres zustimmen können, ernster nehmen müssen, als dies die von ihnen zum Teil unnötig scharf kritisierte